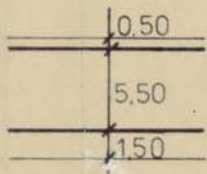
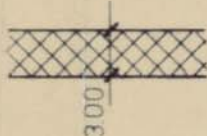


ZEICHEN - ERKLÄRUNG

WA	ALLGEMEINES WOHNGEBIET
I+D	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
0,3	GRUNDFLÄCHENZAHL
0,7	GESCHOSSFLÄCHENZAHL
o	OFFENE BAUWEISE
30-38°	DACHNEIGUNG
KN	KNIESTOCK
— — — —	BAUGRENZE
← FIRSTR. →	FIRSTRICHTUNG
— — — —	GRENZE DES RÄUML. GELTUNGSBEREICHES
	SICHERHEITSSTREIFEN
	FAHRBAHN
	GEHWEG
○ ○ ○	PFLANZEMPFEHLUNG
△ △ △ △ △	SCHUTZBEREICH
	LEITUNGSRECHT



Genehmigt
aufgrund § 11 BBauG
Tuttingen, den 2. Feb. 1982
Landratsamt
i. A.

Teufel

FÜLLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE

BAUGEBIET	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
GRUNDFLÄCHEN-ZAHL	GESCHOSSFLÄCHEN-ZAHL
	BAUWEISE

DACHNEIGUNG



BAUAMT SPAICHINGEN

FÜR GEMEINDE SPAICHINGEN

OBJEKT LEHMGRUBE

MASSTAB

1:500

BEBAUUNGSPLAN

PLAN NR. 1

2

ÄNDERUNGEN

GEFERTIGT 25.1.79

GESEHEN

SL 23.5.79

AMTSLEITER

Bebauungsplan "Lehmgrube II" in Spaichingen

In Ergänzung der zeichnerischen und schriftlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes vom 25.1.1979/23.5.1979 i.M. 1/500 werden folgende

Textlichen Festsetzungen - Bebauungsvorschriften

aufgestellt:

A. Rechtsgrundlagen

1. Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I. S. 341) i.d.F. vom 18. August 1976 (BGBl. I. S. 2256).
2. Landesbauordnung (LBO) für Baden-Württemberg i.d.F. vom 20. Juli 1972 (Ges.Bl. S. 352), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 1977 (Ges.Bl. S. 226).
3. Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 1. August 1962 i.d.F. vom 15. September 1977 (BGBl. I. S. 1757).
4. Planzeichenverordnung vom 19. Januar 1965 (BGBl. I. S. 21.)

B. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 (1) BBauG)

1. Art der baulichen Nutzung
 - 1.1 Im Plangebiet ist allgemeines Wohngebiet (WA) nach § 4 BauNVO vorgeschrieben.
 - 1.2 Ausnahmen nach § 4 (3), 1, 2 und 4 BauNVO kann die Baurechtsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde im Einzelfall zulassen.
2. Mass der baulichen Nutzung
 - 2.1 Für die Zahl der Vollgeschosse gilt der Planeinschrieb.
 - 2.2 Die überbauten Grundstückflächen sind durch die Festsetzung von Baugrenzen ausgewiesen. In begründeten Ausnahmefällen kann die Baurechtsbehörde eine geringfügige Überschreitung zulassen.
 - 2.3 Die im Plan eingeschriebenen Grundflächenzahlen sind Höchstwerte.
 - 2.4 Die im Plan eingeschriebenen Geschossflächenzahlen sind Höchstwerte.

3. Bauweise

- 3.1 Es ist offene Bauweise vorgeschrieben § 22 (2) BauNVO.
- 3.2 Die Firstrichtung ist im Plan eingeschrieben.

4. Nebenanlagen

- 4.1 Nebenanlagen nach § 14 (1+2) BauNVO kann die Baurechtsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde ausnahmsweise zulassen.

C. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 111 LBO)

1. Dachform und Dachausbildung bei Hauptgebäuden

- 1.1 Als Dachform sind Satteldächer zulässig.
- 1.2 Innerhalb einer Dachfläche ist kein Wechsel der Dachneigung zulässig.
- 1.3 Anbauten dürfen im Rahmen der zulässigen Dachneigung abgewalmt werden.

2. Dachneigung bei Hauptgebäuden

Die Dachneigung wird durch den Planeinschrieb festgelegt.

3. Dacheindeckung

Dacheindeckung auf Hauptgebäuden rot bis anthrazit, auf Nebengebäuden nicht leuchtend weiss oder zementfarbig.

4. Kniestöcke

Kniestöcke sind bis 0,50 m hoch zulässig. Der Kniestock wird über Oberkante Rohfußboden Dachgeschoss gemessen. Zusätzlich ist eine innenliegende Fußpfette mit max. 0,12/0,12 m zulässig.

5. Höhenlage der baulichen Anlagen (§ 9 (2) BBauG)

Die Erdgeschossfußbodenhöhen werden im Einzelfall von der Baurechtsbehörde festgelegt.

6. Freistehende Garagen

Freistehende Garagen sind in massiver Bauweise auszuführen und mit einem Flachdach von 0-3° Dachneigung zu versehen. Aneinandergebaute Garagen an der gemeinsamen Grundstücksgrenze sind material- und formgleich zu gestalten. Die Stellplatzvorflächen bei aneinandergebauten Grenzgaragen dürfen nicht durch Zäune oder andere Abtrennungen geteilt werden. Garagen sollen an den ausgewiesenen Flächen errichtet werden.

7. Einfriedigungen

Als Einfriedigungen sind im Plangebiet zugelassen:

- a) Frei wachsende oder geschnittene Hecken bis 1,50 m Höhe.
- b) Knotengitternetze aus verzinktem Draht an dunklen Pfosten bis 0,90 m Höhe mit Büschen und Hecken eingepflanzt.
- c) Holzzäune aus zwei dunkel imprägnierten, horizontal laufenden Brettern, an dunkel imprägnierten Pfosten bis 0,90 m Höhe.
- d) Scherengitterzäune bis 0,90 m Höhe.
- e) Freistehende Mauern bis 0,50 m Höhe.

8. Abgrabungen und Anfüllungen

Beabsichtigte Abgrabungen und Anfüllungen sind im Baugesuch darzustellen.

9. Antennen und Freileitungen

Für Fernseh- und Rundfunkempfang ist nur eine Aussenantenne je Gebäude zulässig, Freileitungen sind unzulässig.

10. Oberirdische Behälter

Das Aufstellen oberirdischer Behälter für Öl und Gas ausserhalb von Gebäuden ist unzulässig.

11. Müllbehälter

Für Müllbehälter ist ein unauffälliger Abstellplatz anzulegen.

12. Schutzstreifen

Entlang der geplanten Bundesstrasse ist gemessen vom äusseren Rand der befestigten Fahrbahn ein 40,00 m breiter Schutzstreifen von jeglicher Bebauung freizuhalten.

13. Zufahrten und Zugänge

Zufahrten und Zugänge zur geplanten Bundesstrasse werden ausserhalb der Ortsdurchfahrt nicht gestattet. Sämtliche Grundstücke sind daher entlang der überörtlichen Strasse mit Zaun ohne Tor und Tür abzugrenzen.

14. Ein Anspruch auf Schadenersatz infolge schädlicher Einwirkung des Gewässers auf die Bauwerke (z.B. Hochwasser, Grundwasser) ist ausgeschlossen.

D. Ordnungswidrigkeiten

Bei Zuwiderhandlungen gegen die baurechtlichen Vorschriften dieser Satzung gilt § 112 LBO.



Genehmigt

aufgrund § 11 BBauG

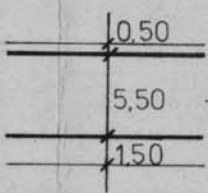
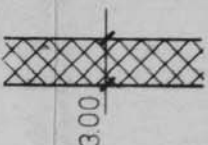
Tuttlingen, den

2. Feb. 1982

Landratsamt
i. A.

Teufel

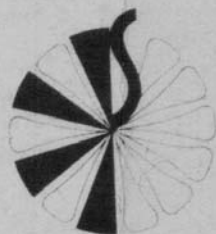
ZEICHEN - ERKLÄRUNG

WA	ALLGEMEINES WOHNGEBIET
I+D	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
0,3	GRUNDFLÄCHENZAHL
0,7	GESCHOSSFLÄCHENZAHL
o	OFFENE BAUWEISE
30-38°	DACHNEIGUNG
KN	KNIESTOCK
---	BAUGRENZE
←FIRSTR→	FIRSTRICHTUNG
— — —	GRENZE DES RÄUML. GELTUNGSBEREICHES
	SICHERHEITSSTREIFEN
	FAHRBAHN
	GEHWEG
○○○	PFLANZEMPFEHLUNG
△△△△△	SCHUTZBEREICH
	LEITUNGSRECHT

FÜLLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE

BAUGEBIET	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
GRUNDFLÄCHEN- ZAHL	GESCHOSSFLÄCHEN- ZAHL
	BAUWEISE

DACHNEIGUNG



BAUAMT SPAICHINGEN

FÜR GEMEINDE SPAICHINGEN

OBJEKT

LEHMGRUBE *1. Änderung*

MASSTAB

1:500

BEBAUUNGSPLAN

PLAN NR. 1

2

ÄNDERUNGEN

PLAN NR 3

11.3.1980

GEFERTIGT 25.1.79

SL.

23.5.79

GESEHEN

AMTSLEITER

S a t z u n g

über den Bebauungsplan "Lehmgrube II"

Aufgrund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 18.8.1978 (BGBI. I. S. 2256) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung vom 15.9.1977 (BGBI. I. S. 1763), des § 111 der Landesbauordnung vom 20.6.1972 (Ges.Bl. S. 351) und des § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 22.12.1975 (Ges.Bl. S. 1/1976) hat der Gemeinderat am 5.11.1979 den Bebauungsplan "Lehmgrube II" als Satzung beschlossen.

§ 1

Bestandteile

Der vorgenannte Bebauungsplan besteht aus den nachstehend bezeichneten Anlagen 1-3, die Bestandteil dieser Satzung sind:

1. Begründung vom 23.7.1979
2. Lageplan vom 23.5.1979
3. Textliche Festsetzungen (Bebauungsvorschriften) vom 23.7.1979

§ 2

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus der Anlage 2, in der seine Grenzen eingetragen sind.

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 112 LBO handelt, wer den auf Grund von § 111 LBO ergangenen Bestandteilen dieser Satzung zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Teufel *hem.*



Genehmigt
aufgrund § 11 BBauG
Tuttlingen, den 2. Feb. 1982
Landratsamt

Bebauungsplan "Lehmgrube II" in Spaichingen

Begründung nach § 9 (8) BBauG

1. Erfordernis der Planaufstellung

Durch die Planung der Westumgehung der B 14 wurde im Bereich der Lehmgrubensiedlung ein Plangebiet fixiert, für welches weder planungs- noch bauordnungsrechtliche Festsetzungen bestehen. Ausserdem sollen innerhalb des Geltungsbereiches neue Erschliessungsanlagen errichtet werden. Um die Bebauung der noch freien Flächen dieses Gebietes in geordnete Bahnen zu lenken, hat der Gemeinderat am 11.12.1978 die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich "Lehmgrube II" beschlossen.

2. Einfügung in die Bauleitplanung und Rechtsverhältnisse

Im Entwurf zum gemeinsamen Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft ist dieses Gebiet als Wohngebiet vorgesehen.

Das Gebiet wird umgrenzt von der K 5912 im Westen, vom Gebiet "Lehmgrube I" im Norden, dem Feldweg 251/1 im Osten sowie dem Flst. Nr. 1681/2 im Süden. Die Parz. Nr. 1681/1 ist zur Bebauung nicht vorgesehen. Falls erforderlich wird auf dieser ein Lärmschutzwall errichtet.

Ansonsten besteht für das Gebiet weder ein qualifizierter noch ein nicht qualifizierter Bebauungsplan.

3. Bestand und Grundstückssituation

Das Plangebiet ist unbebaut und hat leichtes Gefälle von Süden nach Norden. Entgegen den ersten Entwürfen des Bauamtes wurde auf Wunsch der beteiligten Bürger das Baugebiet so angeordnet und verkleinert, dass nur ganze Parzellen zur Bebauung herangezogen werden (Parz. Nr. 1677, 1678, 1679 und 1681/1). Die Baugrundverhältnisse sind zur geplanten Bebauung geeignet.

Die Grundstücke befinden sich in Privatbesitz. Es ist nicht vorgesehen, dass die Stadt Grundstücke aufkauft. Zur Planverwirklichung soll eine freiwillige Baulandumlegung durchgeführt werden.

Ausfahrten zur K 5912 sowie zur geplanten Bundesstrasse sind nicht möglich. Die Gebietserschliessung erfolgt über die gleiche Zufahrt wie für "Lehmgrube I".

4. Bebauung und bauliche Eingliederung

Das Plangebiet ist als allgemeines Wohngebiet mit 8 einstöckigen Satteldachhäusern vorgesehen. Bei der Plan-aufstellung wurde auf die bestehende Bebauung im Norden (Lehmgrube I) weitgehend Rücksicht genommen. Bei Bedarf und Ausnutzung der vorgegebenen Richtwerte (Dachneigung und Kniestock) ermöglichen die Bauvorschriften einen sinnvollen Dachgeschossausbau. Für die meisten Gebäude sind Flächenempfehlungen für freistehende Garagen ausgewiesen.

5. Erschliessung

a) Fahrverkehr

Die geplante Erschliessungsstrasse soll 5,00 m breit mit einseitigem 1,50 m breitem Gehweg ausgebaut werden. Die Strasse endet mit einem Wendehammerabschluss.

b) Ruhender Verkehr

Flächen für den ruhenden Verkehr werden abseits der Erschliessungsanlage als Garagen oder Stellplätze auf den Baugrundstücken ausgewiesen bzw. errichtet.

c) Ver- und Entsorgung

Die Versorgung mit Wasser und el.-Energie ist gesichert. Eine geordnete Abwasserbeseitigung kann gewährleistet werden. Die Vorleistungen im Bereich der Hausener Strasse Richtung Hauptsammler sind vorbereitet. Somit wird die Zuleitung zur Kläranlage gesichert.

Mit der Kläranlagenerweiterung wurde vor kurzem begonnen.

d) Erschliessungskosten

Die Erschliessungskosten sind im Haushaltsplan 1980 bzw. 1981 einzustellen.

1. Strassenbau	125.000,-- DM
2. Gehwege	20.000,-- DM
3. Beleuchtung	12.000,-- DM
4. Kanal	60.000,-- DM
5. Wasserversorgung	25.000,-- DM

242.000,-- DM

=====

Die Gesamterschliessung entspricht den heutigen Baukosten und beinhaltet noch nicht die evtl. notwendig werdenden Lärmschutzmaßnahmen.

Teufel

Teufel



Genehmigt
aufgrund § 11 BBauG
Tuttlingen, den 2. Feb. 1982
Landratsamt
i. A.

Teufel

Teufel

Vorlage für den Gemeinderat Nr. 72/83

13.7.83

2. Änderung

Betr.: Vereinfachte Änderung von Bebauungsplänen wegen
Einführung der Traufgesimsregelung

hier: Satzungsbeschluß

Vorgang: Beratung im Technischen Ausschuß am 21.3.1983

1. Sachverhalt

Die Verwaltung wurde aus der Mitte des Gemeinderates beauftragt, zu überprüfen, ob die in den neueren Bebauungsplänen enthaltene Traufgesimsregelung auch in anderen Baugebieten eingeführt werden kann.

Die Traufgesimsregelung ist in den Bebauungsplänen Schwampenbühl, Gänsäcker I und II, Taläcker I und II, Wangen, Kirchwiesen I und II, Lützelesch und Rohrentalstraße eingeführt. Sie hat sich bis heute bewährt. Planer und Bauherr haben mehr Planungsfreiheit und mehr Möglichkeiten zur Ausnutzung des über dem letzten Vollgeschoss liegenden Dachraumes. Um diese Möglichkeiten weiter zu eröffnen und um hierzu eine einheitliche Regelung zu erreichen, wird vorgeschlagen, diese Traufgesimsregelung auch in die untenstehenden Bebauungspläne einzuführen und entgegenstehende Vorschriften in den Bebauungsplänen aufzuheben.

2. Stellungnahme der Verwaltung

Um die materiellen Voraussetzungen für die vereinfachte Änderung zu erfüllen, wurde das Beabsichtigte am 02.04.83 in den Tageszeitungen bekanntgemacht mit dem Hinweis, daß Anregungen und Bedenken bis 13.04.83 vorgebracht werden können. Anregungen und Bedenken gingen daraufhin nicht ein.

3. Beschlußvorschlag

Es wird beantragt zu beschliessen:

Aufgrund § 2 Abs. 1, § 10 und § 13 Abs. 1 BBauG vom 18.8.76 (BGBl. I S. 2256, sowie § 4 Abs. 1 der GO von Baden-Württ. i.d.F. vom 22.12.1975, GesBl. S. 1) wird folgende Änderung der Bebauungspläne Grund, Semmelweisstraße, Längelen, Längelenweg-Ost, Lachstraße, Raine I ausser Ackermannstraße, Bulzen III, Lehmgrube II, Primstraße, Primstraße II, Heubergbahndamm, Ried-Hochsteig, Bubsheimer Straße, Scheibenbühl, Griessen, Lache I, Lache II und Gunninger Straße, Raine II als

S a t z u n g

gem. § 13 BBauG beschlossen.

1. Auf Wohnhäusern mit Satteldächern (Giebeldächer) gilt beim Einbau von Kniestöcken folgende Traufgesimsregelung
 - a) Die Traufgesimshöhe (Unterkante vorgehängte Rinne bzw. Verschalung bei eingebauter Rinne) darf höchstens 2,80 m über der festgesetzten EG-Rohfußbodenhöhe liegen.
 - b) Die Oberkante des Traufgesimses (Gesimsverkleidung) darf höchstens 3,20 m über der festgesetzten EG-Rohfußbodenhöhe liegen.
 - c) Bei mehrgeschossigen Häusern wird die Höhe nach a) und b) sinngemäß von Oberkante Rohfußboden des letzten Vollgeschosses mit senkrechten Aussenwänden festgesetzt.
 - d) Ausnahmen von a, b, und c können bis zu 1/3 der Trauflänge zugelassen werden. Über höherliegenden Traufen sind keine Dachaufbauten zulässig.
2. Entgegenstehende Regelungen über Traufgesimsregelung und Kniestöcke in den einzelnen Bebauungsplänen werden mit Inkrafttreten dieser Satzung aufgehoben.
3. Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

am 17.

[Handwritten signature]

Teufel

[Handwritten signature]

Vorlage für den Gemeinderat Nr. 81/92
für die Sitzung am 14.09.1992

Vereinfachte Änderung verschiedener Bebauungspläne
für die Zulässigkeit und Gestaltung von Pergolen
sowie Geräte- und Geschirrhütten

Vorgang: Beratung im Technischen Ausschuss am 20.01.92
und Gemeinderat am 16.03.92 (Vorlage 30/92)

I. Sachverhalt

Auf Grund entsprechender Empfehlung des Technischen Ausschusses hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, das formelle Verfahren zur vereinfachten Änderung verschiedener Bebauungspläne für die Zulässigkeit und Gestaltung von Pergolen sowie Geräte- und Geschirrhütten durchzuführen (siehe III.)

II. Stellungnahme der Verwaltung

Um die materiellen Voraussetzungen für die vereinfachte Änderung nach § 13 BauGB zu erfüllen, wurde das Beabsichtigte am 03.09.92 in den Tageszeitungen bekannt gemacht und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß Einwendungen bis zum 08.09.1992 vorgebracht werden können. Hierauf sind keinerlei Anregungen oder Bedenken vorgetragen worden.

III. Beschlussvorschlag

Auf Grund § 2 Abs. 1, § 10 und § 13 Baugesetzbuch vom 08.12.1986 (BGBL. S. 2253) wird in den nachstehend aufgeführten Bebauungsplänen folgende Regelung für die Zulässigkeit und Gestaltung von Pergolen sowie Geräte- und Geschirrhütten als

S A T Z U N G

gemäß § 13 Baugesetzbuch beschlossen:

§ 1

Pergolen sind nur zulässig, wenn folgende Höchstwerte eingehalten werden:

Grundfläche 20 m², Gesamthöhe 2,80 m; Abstände zu Grundstücksgrenzen 2,50 m.

Deckung waagrechte Holzbalken, Abdeckung nur mit transparentem Material. Eine Pergolaseite darf auf 3/4 der Pergolahöhe mit einer Wandscheibe geschlossen werden.

§ 2

Geräte- und Geschirrhütten. Zusätzlich zu einer Pergola ist je Baugrundstück eine Nebenanlage mit Ausnahme von Kleintierställen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO allgemein und auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Nicht zulässig sind Nebenanlagen im Vorgartenbereich. Als Vorgarten gilt derjenige Teil des Grundstücks zwischen dem Gebäude und öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen. Die Nebenanlagen dürfen einen umbauten Raum von max. 30 m³ aufweisen und müssen einen annähernd quadratischen Grundriß haben. Die Nebenanlagen sind mit Satteldach auszuführen; das Dach ist in Material und Farbe wie das Hauptgebäude einzudecken (Gewächshäuser ausgenommen). Die Firsthöhe darf max. 3,00 m, die Traufhöhe soll ca. 2,00 m betragen. Diese Vorgaben gelten auch für genehmigungsfreie Nebenanlagen (bis 20 m³ umbauten Raumes).

Hinweis:

Mit Nebenanlagen ist grundsätzlich ein Grenzabstand von 2,50 m einzuhalten. Bei der Ermittlung des umbauten Raumes sind offene Überdachungen im Anschluß an geschlossene Gebäude mitzurechnen.

§ 3

Bebauungspläne

Befangenheit:

1. Lützelesch I	(3. Änderung)	StR. Merkt
2. Lützelesch II	(1. Änderung)	BM Teufel, StRe. Dreher, Dr. Aicher
3. Primstraße I	(1. Änderung)	StR. Schuhmacher
4. Heubergbahndamm	(1. Änderung)	StR. Wenzler
5. Ried-Hochsteig	(5. Änderung)	StRe. Wenzler, Dr. Aicher
6. Rohrentalstraße	(2. Änderung)	StR. Bolsinger
7. Bubsheimer Straße	(1. Änderung)	StR. Thurn
8. Scheibenbühl I	(2. Änderung)	
9. Scheibenbühl II	(1. Änderung)	
10. Griessen	(1. Änderung)	StR. Wenzler, Weißer
11. Schwampenbühl I	(6. Änderung)	BM Teufel, StRe. Wenzler, Klein, Mey
12. Hofener Öschle I	(1. Änderung)	
13. Hofener Öschle II	(2. Änderung)	StRe. Knapp, Thurn
14. Bulzen I/Teilbereich	(5. Änderung)	BM Teufel, StRe. Honer, Weißer, Riedmiller, Dreher
15. Robert-Koch-/ Alleenstraße	(1. Änderung)	StRe. Schuhmacher, Germann
16. Taläcker I	(2. Änderung)	StR. Eyrich
17. Taläcker II	(3. Änderung)	BM Teufel, StR. Dr. Aicher
18. Gansäcker I	(4. Änderung)	StR. Klein
19. Gansäcker II	(2. Änderung)	StR. Riedmiller
20. Lache I	(2. Änderung)	
21. Lache II	(4. Änderung)	StR. Wenzler
22. Raine I	(4. Änderung)	StRe. Germann, Mey

23. Raine II	(3. Änderung)	BM Teufel, StR. Honer
24. Längelen	(6. Änderung)	StRe. Dreher, Honer
25. Längelenweg-Ost	(1. Änderung)	
26. Dellinger Weg	(1. Änderung)	
27. Wangen I	(4. Änderung)	StR. Schuhmacher
28. Lehmgrube II	(2. Änderung)	
29. Gunninger Straße	(2. Änderung)	StR. Mey

§ 4

Diese Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Teufel

U.S.